

Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 44 (1997)
Heft: 7-8

Rubrik: Kantone = Cantons = Cantoni

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 27.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



**Im Kanton Bern muss gestrafft werden
wie sonst nirgends**

In Zukunft noch sechs Kompetenzzentren

Was aufgrund des Strategieberichtes «Zivilschutz 2000» der Polizei- und Militärdirektion des Kantons Bern vom November 1995 abzusehen war («Zivilschutz» berichtete darüber), ist eingetroffen. Mit Beschluss vom 4. Juni 1997 verfügte der Regierungsrat des Kantons Bern, von den 13 derzeitigen Ausbildungszentren (1 kantonales und 12 regionale) seien ab 1999 nur noch deren sechs als sogenannte «Kompetenzzentren» anzuerkennen und mit kantonalen Subventionen zu unterstützen.

EDUARD REINMANN

Einerseits geht es darum, einen «finanziell tragbaren und verantwortbaren» Zivilschutz zu realisieren, welcher den gemäss Leitbild 95 entstandenen neuen Rahmenbedingungen Rechnung trägt. Zusammen mit anderen Strategien verspricht man sich nämlich von der Zentrumsreduktion mittelfristig einen erheblichen Spareffekt. Andererseits wurde im Kanton Bern die Doktrin «näher an die Front und näher zu den Partnern» geprägt. Das heisst, dass die Kaderausbildung nicht mehr im kantonalen Zentrum Lyss erfolgt, sondern in die regionalen Kompetenzzentren integriert wird. Hinzu kommt bei nur noch sechs Zentren generell die Zusammenfassung des hauptamtlichen Instruktionspersonals. Man verspricht sich davon eine erhebliche Ausbildungsendite sowie die Förderung von Verbundlösungen mit Partnern.

Der lange Weg bis zum Entscheid

Leicht machten es sich die zuständigen Instanzen nicht, um zu einer allseits akzeptierten Lösung zu finden. An Orientierungsveranstaltungen wurden die Gemeindebehörden über die Strategie und das weitere Vorgehen informiert. Unter Federführung des Amtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (ABK) wurde anschliessend eine Projektorganisation mit folgenden vier Teilprojekten ge-

bildet: Region Oberland, Region Bern-Mittelland, Region Biel-Seeland/Berner Jura und Region Oberaargau. Man hoffte, dass die betroffenen Regionen selber zu einer gemeinsam akzeptierten Lösung finden würden. Ein erster positiver Ansatz zeichnete sich insofern ab, als alle Teilprojektgruppen zum Schluss kamen, dass die Beibehaltung der gegenwärtigen Ausbildungsinfrastruktur mittel- und langfristig zu hohe Kosten verursachen würde und dass eine Reduktion unumgänglich sei. Aber der Teufel steckt bekanntlich im Detail, und auch ein noch so sorgfältiges Zusammentragen und gegeneinander Abwägen aller Entscheidungskriterien hinterliess Spuren. Bei den Überlegungen standen an erster Stelle die Fakten, wie Kapazität und Bedarf, die Wirtschaftlichkeit, die Reisewege und Transportkosten, um nur einige Beispiele zu nennen. Nicht in allen Fällen führten die Variantenvergleiche zu einem eindeutigen Ergebnis. Zudem mussten noch andere Überlegungen in die Entscheidungsfindung mit einbezogen werden: Die Zweisprachigkeit in der Region Bern-Seeland/Berner Jura, das Interesse von Nachbarkantonen, in Berner Zentren weiterhin auszubilden, das Kriterium der «ausgleichenden Gerechtigkeit» bei der Zuteilung öffentlicher Dienstleistungsunternehmen, die tendenzielle Ausrichtung der zukünftigen Trägergemeinden, und ganz bestimmt spielten auch politische Befindlichkeiten mit.

Allen Leuten recht getan...

Eine vollumfänglich einvernehmliche Lösung wurde in keiner der vier Teilprojektorganisationen gefunden. Besonders problematisch war das Teilprojekt Oberland mit den RAZ Thun, Spiez und Zweisimmen, wobei Zweisimmen vorab einmal ausschied. Zwischen Thun und Spiez führten die Fakten und der betriebswirtschaftliche Vergleich zu einem Nullentscheid. Eine neutrale Kommission machte dann einen geringen Vorteil zugunsten von Spiez aus. Dies wiederum führte in der Gemeinde Thun und in der Trägerorganisation des RAZ Thun zu heftiger Kritik.

In der Region Bern-Mittelland fiel der Entscheid zugunsten von Köniz und Ostermundigen. Das Nachsehen hatte Bern-Riedbach, das für sich allein nicht über die erforderliche Kapazität verfügt, in Kombination mit einem anderen Zentrum jedoch wieder unerwünschte Überkapazitäten geschaffen hätte. In diesem Zusammenhang ist auch interessant, dass viele der über 50 betroffenen Agglomerationsgemeinden die Übertragung einer zusätzlichen Zentrumsfunktion an die Stadt Bern negativ beurteilten. Auch die Stadt Bern hatte sich für

«ihr» Zentrum gewehrt und hatte Wirtschaftlichkeitsberechnungen in Auftrag gegeben, die dann allerdings den künftigen Verzicht auf das RAZ Riedbach als die beste Lösung erscheinen liessen.

Ganz anders war die Situation wiederum in der Region Bern-Seeland/Berner Jura mit den Zentren Tramelan, Biel und Büren an der Aare. Die Zweisprachigkeit und die topographischen Verhältnisse in diesem Gebiet führen zu einer logischen Aufteilung der gesamten Ausbildungsregion. Tramelan war somit als Kompetenzzentrum für die französischsprachenden Gemeinden gesetzt, zumal in einer interkantonalen Vereinbarung die Zusammenarbeit mit dem Kanton Jura geregelt ist. Bereits heute absolvieren Schutzdienstpflichtige aus den Kantonen Jura und Neuenburg ihre Ausbildung in Tramelan. Für den deutschsprachigen Teil dieser Region kam nur Büren an der Aare in Betracht, weil das städtische Ausbildungszentrum in Biel weder über die Kapazität noch über die Infrastruktur für ein Kompetenzzentrum verfügt. Schon bevor der definitive Entscheid gefallen war, hatte der Gemeinderat der Stadt Biel dem kantonalen Amt jedoch mitgeteilt, dass er sich vorbehalte, unabhängig vom Entscheid des Regierungsrates die Ausbildung weiterhin in den Anlagen der Stadt Biel durchzuführen. Dies

KOMMENTAR

Geliebter Zivilschutz

Die Konzentration der Zivilschutzausbildung auf sechs regionale Kompetenzzentren geht nicht ohne Nebengerüsse über die Bühne. Schon lange vor dem regierungsrätslichen Entscheid und auch noch danach machten sich interessierte Kreise für «ihr Zentrum» stark. Dabei verspürten sie auch einen gewissen Rückhalt, der über die Eigeninteressen des Zivilschutzes hinausreichte. Mancherorts reifte die Erkenntnis, dass der Zivilschutz einen Wert darstellt – nicht nur materiell, sondern auch ideell – und dass es sich lohnt, für diesen Wert zu kämpfen.

Und die Berner kämpften für ihre Zentren, an vorderster Front natürlich die direkt Betroffenen. Sie schöpften die gebotenen Möglichkeiten weitgehend aus, um das Blatt eventuell doch noch zu ihren Gunsten zu wenden. Hier und dort hoben sie auch einmal den Drohfinger. Aber immer bewegten sie sich im Rahmen von Recht und Demokratie.

wiederum würde die Auslastung des Zentrums Büren an der Aare beeinträchtigen und damit zu höheren Restkosten für die Anschlussgemeinden führen. Auch für die Stadt Biel würden Mehrkosten anfallen. Ein Beinahe-Konsens wurde für die Region Oberaargau/Emmental mit den Zentren Aarwangen, Bätterkinden und Lützelflüh erreicht. Anlässlich der Delegiertenversammlungen der Trägerschaften von Aarwangen und Bätterkinden wurde beschlossen, das RAZ Bätterkinden nicht mehr für Zivilschutzzwecke zu nutzen und das RAZ Aarwangen als Kompetenzzentrum weiterzuführen. Nicht besonders glücklich über diesen Entscheid sind einzelne Exponenten des RAZ Lützelflüh. Am liebsten sähen sie ihr Zentrum als «Satellit» des Kompetenzzentrums Aarwangen, und zwar zu gleichen Bedingungen wie die anderen Kompetenzzentren. «Von einer solchen Variante war nie die Rede», wehrte ABK-Vorsteher Alfred Jenni im Gespräch mit der Zeitschrift «Zivilschutz» ab.

Kostenrechnung wirkte überzeugend

Gestützt auf Gutachten, Vernehmlassungen und Rechtsgrundlagen unterbreitete schliesslich die Polizei- und Militärdirektion des Kantons Bern dem Regierungsrat

ein Konzept, dem der Regierungsrat zustimmte. Es blieb bei der Anerkennung der Kompetenzzentren Aarwangen, Spiez, Ostermundigen, Köniz, Büren an der Aare und Tramelan.

Ein sehr gewichtiges Argument war der Spareffekt, der bei einer Reduktion und damit verbunden einer besseren Belegung der Zentren erreichbar ist. Für das Regionale Kompetenzzentrum Aarwangen wurden entsprechende Berechnungen angestellt. So belaufen sich bei 5000 Teilnehmertagen pro Jahr die sogenannten Restkosten – das sind die verbleibenden Kosten für die Gemeinden – auf 130 Franken pro Teilnehmerstag. Bei 7000 Teilnehmertagen sind es 95 Franken und bei 10 000 Teilnehmertagen 65 Franken. Für Unterhalt und Nachrüstungen von Ausbildungsmaterial reduzieren sich die Kosten um rund 50 Prozent.

Wie geht es weiter?

Die Würfel sind gefallen, wobei ein gewisser Freiraum für die Gemeinden weiter bestehen bleibt. Sie können Antrag stellen, welcher Ausbildungsregion sie zugeteilt werden möchten. Abweichungen vom rein geographisch und auslastungsmässig besten Zentrum dürften indessen nur in Ausnahmefällen gewünscht werden, wobei jedoch der Sonderfall Lützelflüh zu beachten ist.

Bis Ende 1997 sollen sodann die Ausbildungsregionen definitiv festgelegt werden. Alsdann kann mit der Überführung in die neuen Strukturen begonnen werden. Die Leitideen und Organigramme sind festgelegt. Was noch bevorsteht, ist Feinarbeit.

Wohl kaum Gebäudeleichen

Der Kanton hat entschieden. Aber was mit den voraussichtlich in Zukunft nicht mehr für Zivilschutzzwecke genutzten Ausbildungszentren weiter geschieht, ist (mit Ausnahme von Lyss) Sache der Gemeindeverbände. Alle Möglichkeiten stehen offen, vom Verkauf über die Vermietung bis zur Eigennutzung für andere Zwecke. Es gibt allerdings gute Gründe, und auch diese sind finanzieller Art, die Zentren zu halten und einer neuen Nutzung zuzuführen. Der Bund bietet für eine Umnutzung nämlich insofern Hand, als er auf die Rückerstattung der Gebäudesubvention verzichtet. Zudem soll angestrebt werden, dass der Bund auf eine Rückzahlung der Subventionen der Landerwerbskosten verzichtet. Das BZS ist diesbezüglich allerdings anderer Meinung und hat auf Heller und Pfennig genau ausgerechnet, wieviel zurückzuerstatten ist. Unter dem Strich gäbe das einen Übernahmepreis, von dem man, wollte man die gleiche Gebäudekubatur reali-

Manchmal wurde allerdings recht hitzig gefochten. Insbesondere die kantonalen Instanzen wurden zur Zielscheibe von Vorwürfen, was nicht verwunderlich ist, wenn man bedenkt, dass sich auf dieser Ebene der Vollzug von nicht durchwegs populären Massnahmen abspielt. Die politische Seite – sprich Staatsräson – und die Zivilschutzinteressen prallen hier aufeinander. Konkret: Gestützt auf allerdings eher vage Vorgaben des Bundesamtes für Zivilschutz wurde auf politischer Ebene nebst anderen Sparmassnahmen beschlossen, die Anzahl der Ausbildungszentren zu reduzieren. Die Regierung erteilte dem der Polizei- und Militärdirektion unterstellten Amt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (ABK) den Auftrag, die geeigneten Massnahmen in die Wege zu leiten und dem Regierungsrat zur Genehmigung zu unterbreiten. Es ist wichtig, sich dieses Vorgehen vor Augen zu halten und sich bewusst zu werden, dass der ganze Entscheidungsprozess durchaus keine Eigen-dynamik entwickelte, sondern sich nach demokratischen Spielregeln abwickelte. Der Kanton musste viele Vorwürfe einstecken, wobei manche auch in der Hitze des Gefechtes fielen und deshalb nicht

übergewichtet werden dürfen. Der Gerechtigkeit halber muss aber doch betont werden, dass sich das ABK in einer nicht ganz einfachen Lage befindet, muss es doch bei der Umsetzung der politischen Vorgaben einerseits konsequent sein, andererseits aber grösstmögliche Rücksicht auf die Gemeinden bzw. die Gemeindeverbände nehmen. Die Doktrin «Zivilschutz ist Sache der Gemeinde» gilt nämlich nach wie vor.

In der ganzen Schweiz wurde und wird weiterhin die Entwicklung im Kanton Bern mit grösster Aufmerksamkeit verfolgt. Nach aussen entstand dabei manchmal den Eindruck, es herrsche ein «Gerangel» zur Durchsetzung von Eigeninteressen. Das BZS bewertet die Vorgänge im Kanton Bern gar als «politisch heikles Thema».

Man kann es aber auch ganz anders sehen, nämlich von der positiven Seite. Im Kanton Bern wurde deutlich, dass der Zivilschutz eine Kraft darstellt und sich nicht ohne weiteres in die Rolle des Opferlammes drängen lässt. Und es wurde deutlich, dass der Zivilschutz auch in der Bevölkerung einen besseren Rückhalt hat, als man gemeinhin anzunehmen geneigt ist. Dass solcher Rückhalt erst dann zum

Tragen kommt, wenn es um die Wahrung des Besitzstandes geht, ist eine typisch eidgenössische Verhaltensweise.

Aber bereits zeichnet sich ein neuer Aspekt ab, und auch das ist wiederum ein positives Zeichen. Die bei der Zentrumswahl «Unterlegenen» machen nun nicht die Faust im Sack, sondern setzen sich tatkräftig mit der neuen Situation auseinander und peilen neue Lösungen an. Viel Arbeit, Kreativität und der Willen, die Anforderungen einer neuen und immer schnelleren werdenden Zeit zu bewältigen, sind erforderlich. Der Zivilschutz ist dazu in der Lage.

Hinsichtlich der Strukturierung der sechs Kompetenzzentren ist noch längst nicht «alles in Butter». Vielmehr ist viel Kleinarbeit erforderlich, um allseits einigermassen zufriedenstellende Lösungen zu finden. Dazu ist unter massvoller Mitberücksichtigung der individuellen Belange auch der Blick für das Ganze gefragt. Diesbezüglich sind in Zukunft die Gemeinden gefordert, die hier und dort wohl die Hand zu einem tragfähigen Konsens bieten müssen. Auch dazu ist der Zivilschutz in der Lage.

Eduard Reinmann

sieren, trotz Preiskampf im Bausektor nur noch träumen kann. Für das RAZ Bätterkinden jedenfalls bestehen bereits konkrete Vorstellungen. Die Gemeinde ist schon jetzt zu einem Drittel Besitzerin des Zentrums, in dem sie den Gemeindesaal betreibt. Mit dem Zukauf der übrigen zwei Drittel könnte der Bedarf an öffentlichen Räumen in idealer Weise abgedeckt werden. Das letzte Wort hat jedoch die Bürgerschaft. Noch keine Zukunftsperspektiven gibt es für das RAZ Riedbach, das grösste Ausbildungszentrum im Kanton, das in jüngster Zeit tipptopp renoviert wurde. Ob es ein Vor- oder Nachteil ist, dass das Zentrum allein der Stadt Bern gehört, muss sich erst noch herausstellen. Laut dem städtischen Polizeidirektor Kurt Wässerfallen ist in Zukunft eine stärkere Auslastung des Zentrums durch interne Kurse der Stadtverwaltung, durch Schützen und eventuell das Militär denkbar. Zurzeit ist eine Arbeitsgruppe an der Auflistung aller Nutzungsmöglichkeiten. Es ist jedoch alles noch im Fluss und nichts entschieden.

Lützelflüh mit seinen 36 Verbandsgemeinden klammert sich momentan noch an den Aussenposten-Strohhalm. Erhebungen zeigten, dass einzig fünf Verbandsgemeinden dem RKZ Aarwangen beitreten würden, falls Lützelflüh als Aussenposten nicht in Betracht käme. Wäre ein Aussenposten mit dem RKZ Ostermundigen möglich, würden sie einer solchen Lösung gegenüber jener mit dem RKZ Aarwangen den Vorzug geben. 28 ziehen einen Beitritt zum RKZ Ostermundigen demjenigen von Aarwangen vor. Fünf würden einen Beitritt zum RKZ Spiez demjenigen von Ostermundigen gleichstellen. Eine verzwickte Ausgangslage, die dann bei der Bildung der Ausbildungsregionen noch einiges Kopfzerbrechen verursachen könnte.

In Thun hat man sich mit dem Regierungsentscheid abgefunden. Von der ursprüng-

lich in Erwägung gezogenen Anrufung des Verwaltungsgerichtes wurde Abstand genommen. Die Zeit läuft, und es wird bereits die Zukunft anvisiert. Vorerst prüft der Rechtsdienst die Verträge und Weisungen, um Klarheit über die Zuständigkeiten für eine Umnutzung zu erlangen. In diesen Tagen (21. August) trat die Betriebskommission zusammen, um erste Positionen abzustecken. Konkrete Vorstellungen über die künftige Nutzung des Zentrums gibt es noch nicht. Ideal wäre natürlich, wenn es für den Zivilschutz verwandte Ausbildungszwecke genutzt werden könnte, wie zum Beispiel für die Ausbildung von Wehrdiensten. Der Gebäudeversicherung wurde denn auch eine Übernahmeofferte unterbreitet. Es liegen aber auch Anfragen auf dem Tisch für private Nutzung des ganzen Zentrums oder einzelner Räume. Mit Vorbehalten ist auch eine industrielle Nutzung denkbar. Dies erforderte jedoch eine Umzonung, denn das Zentrum liegt in der Landwirtschaftszone. Zu berücksichtigen ist zudem, dass im RAZ Thun noch eine Truppenunterkunft für Rettungstruppen integriert ist, die sich nicht einfach «auslagern» lässt.

Gute Akzeptanz – trotz allem

Eines muss man den kantonalen Instanzen attestieren: Allenthalben wurde informiert und das Gespräch gesucht. Das war auch der Grund, weshalb sich der Entscheid des Regierungsrates (4. Juni) um rund ein halbes Jahr verzögerte. Vor dem Antrag der Polizei- und Militärdirektion an den Regierungsrat hatten nämlich die Regierungsratshalter, die Trägerorganisationen und die Standortgemeinden Gelegenheit, nochmals Stellung zum Konzept der Polizei- und Militärdirektion zu nehmen. Insgesamt wurden 47 Stellen angeschrieben. 19 Stellen äusserten sich nicht zum Konzept (was nach gängiger Usanz als stillschweigendes Einverständnis gewertet wird), 22 Meldungen waren positiv und sechs waren kritisch-ablehnend. Kritik am Verfahren oder an den Entscheidungsgrundlagen übten besonders die Städte Bern, Biel und Thun. Zur Problemlösung wurden jedoch keine grundsätzlich neuen Fakten oder Argumente vorgebracht. Unter diesen Aspekten konnte der Regierungsrat gemäss den Vorschlägen der Polizei- und Militärdirektion entscheiden. Alfred Jenni äusserte sich, dass vor dem regierungsrätlichen Entscheid an mehreren Veranstaltungen orientiert wurde. Die RAZ-Leiter wurden am 3. Juni über den bevorstehenden Entscheid informiert, und nach dem Entscheid haben wir mit allen RAZ-Verantwortlichen das Gespräch gesucht. □

Als Mitglied

des Schweizerischen
Zivilschutzverbandes
erhalten Sie
die Zeitschrift
«Zivilschutz»
gratis nach Hause
geliefert!

Verlangen Sie doch
ganz einfach einige
Probenummern
der Zeitschrift
«Zivilschutz» sowie
Unterlagen über den
Schweizerischen
Zivilschutzverband.

Coupon einsenden an:
SZSV, Postfach 8272, 3001 Bern

Ja, ich möchte
einige Probenummern
der Zeitschrift **«Zivilschutz»**
sowie Unterlagen
über den Schweizerischen
Zivilschutzverband.

Name: _____

Vorname: _____

Strasse, Nr.: _____

PLZ, Ort: _____

Telefon: _____

NEUKOM 

**Mobiliar für
Zivilschutzanlagen
und
Militärunterkünfte**

Beratung - Planung - Ausführung

H. Neukom AG
8340 Hinwil-Hadlikon
Telefon 01 938 33 05



BERN

Jahr Präsident des Kantonalverbandes Bern, zum «Ehrenzivilschützer».

Zivilschutzverband Emmental-Oberaargau:
Christa Rothen
lässt Walter Kohlen im Präsidium ab

Rochaden im Vorstand des ZVEO

CR. An der diesjährigen Mitgliederversammlung des ZVEO im Burgdorfer «Sommerhaus», wurde Grossrat Hans Michel zum «Ehren-Zivilschützer» ernannt und der Vorstand neu zusammengesetzt.

Nicht jedes Jahr ist ein Jubeljahr. Die diesjährige Mitgliederversammlung des ZVEO war auf Wahlen und Ehrungen ausgerichtet. Die ordentlichen Traktanden konnten unter der Leitung von Verbandspräsident Walter Kohler speditiv und oppositionslos abgewickelt werden. Der Jahresbericht des Präsidenten sowie der Jahresbericht der Präsidentin der Fachkommission, Christa Schweizer, erinnerte an die vielen, unvergesslichen Anlässe, insbesondere die des Jubiläumsjahres 1996 (30 Jahre Zivilschutzverband Emmental-Oberaargau). Die von Heinz Moser sauber geführte Jahresrechnung und das Budget 1997 wurden mit grossem Applaus genehmigt, und die Rechnung schloss trotz Mitgliederschwund positiv ab.

Auch dieses Jahr fanden wiederum Ehrungen statt. Einmalig sicher die Ernennung von Grossrat Hans Michel, seit diesem

Rücktritt nach sieben guten Jahren

Walter Kohler, der nach sieben Jahren das Präsidium des ZVEO abgibt, wurde zum Ehrenpräsidenten ernannt. Christa Schweizer, die Präsidentin der Fachkommission sowie Vizepräsidentin des ZVEO, trat ebenfalls zurück. Sie wird Ehrenmitglied unseres Verbandes. Beide, Walter Kohler und Christa Schweizer, werden jedoch für weitere zwei Jahre im Vorstand bleiben. Jean-Pierre Ruch verlässt aus beruflichen Gründen nach drei Jahren den Vorstand. Für ihn wurde an der Versammlung in Burgdorf Martin Jöhr aus Urtenen-Schönbühl in den Vorstand gewählt. Die anderen Vorstandsmitglieder, Michelle Flraig, Monika Lüthi, Heinz Moser, Walter Kohler und Christa Schweizer, wurden in globo für weitere zwei Jahre wiedergewählt. Und als neue Verbandspräsidentin wurde mit Applaus Christa Rothen aus Bäriswil gewählt.

Haushalt vorrat

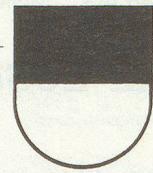
Keine Mitgliederversammlung ohne interessanten Vortrag. Diesmal zum Thema wirtschaftliche Landesversorgung. Unter dem Titel «Shopping – eine Selbstverständlichkeit?» machte uns Anton Lagger vom Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung einmal mehr darauf aufmerksam, wie wichtig der Haushalt vorrat immer noch ist. Heute noch können wir täglich sorglos einkaufen. Die Gestelle in den Einkaufscentren und auch in den Dorfläden sind voll.

Heizen – kein Problem, denn Erdöl hat es ja genug! Unser Land ist für mindestens sechs Monate dank der wirtschaftlichen Landesversorgung «versorgt». □



FOTO: ZVG

Anton Lagger
beantwortet Fragen
der MV-Teilnehmer.
Rechts neben ihm
Christa Schweizer.



FRIBOURG

Freiburger Verband für Zivilschutz

Noch kein Nachfolger für Francis Lachat

Seine letzte Generalversammlung leitete Francis Lachat, Präsident des Freiburger Verbandes für Zivilschutz an dessen Generalversammlung vom 20. Juni in der Feuerwehrkaserne Freiburg. Für den zurückgetretenen Präsidenten konnte kein Nachfolger gefunden werden. In Zukunft wird ein Dreierteam die Verbandsgeschäfte wahrnehmen.

THERESE ISENSCHMID

In seinem Jahresbericht, der auch eine Art Gesamtrückschau war, legte Lachat ein klares Bekenntnis zum Zivilschutz ab. «Der Zivilschutz ist wichtiger denn je», betonte er. An die Gemeindevertreter und Zivilschutzkader appellierte Lachat, die Zusammenarbeit mit Partnern zu intensivieren. In ausserordentlichen Lagen sei nur der Einsatz im Verbund erfolgversprechend.

Die statutarischen Traktanden der Generalversammlung wurden ohne grosse Diskussionen verabschiedet. Das Wahlgeschäft war allerdings von leiser Enttäuschung begleitet, konnte doch kein neuer Anwärter für das Präsidialamt vorgeschlagen werden. Bis ein neuer Präsident gefunden ist, wird der Verband durch folgendes Dreierteam geführt: Vizepräsident Jean-Pierre Dorand, Kassier Nicolas Wassmer und Sekretär Gil Verillotte.

Den Zivilschutz mitgestaltet

Mit einem herzlichen Dank für die geleistete Arbeit wurde Francis Lachat von den Mitgliedern verabschiedet. Den Freiburger Verband für Zivilschutz präsidierte er während acht Jahren mit grossem Engagement und viel Herzblut. Die Durchführung der 43. Delegiertenversammlung des Schweizerischen Zivilschutzverbandes am 26. April dieses Jahres in Freiburg war ein Höhepunkt in seiner Tätigkeit. Lachats Verdienste reichen jedoch viel weiter zurück. Während 30 Jahren war er Zivilschutzinstruktor im Pionier- und Sanitäts-

dienst. Ein besonderes Anliegen war ihm die stete Weiterbildung der Kader, weshalb er schon vor 20 Jahren eine Kadergesellschaft ins Leben rief. Sein Verdienst ist

auch die Gründung eines Katastrophenkorps im Kanton Freiburg. Ein grosses Anliegen war ihm stets die Förderung der Frauen im Zivilschutz. Man habe im Zivil-



FOTO: T. ISENSCHMID

Charme
mit charmanter Dame:
Francis Lachat mit
SZZV-Vizepräsidentin
Christiane Langenberger.

Un charmeur
en compagnie d'une
charmant dame:
Francis Lachat avec la
vice-présidente de l'USPC
Christiane Langenberger.

schutz die Fähigkeiten der Frauen bisher viel zu wenig genutzt, bedauert Lachat. Die Arbeitsweise der Frauen werde vielfach nicht verstanden und ihre Anliegen zu wenig unterstützt. Insbesondere im Bereich der Sozialkompetenz hätten die Frauen viel zu sagen. Lachat muss es wissen. Er ist nämlich beruflich Kosmetikfachmann, und in seiner Kosmetikfachschule hat er schon rund 2500 Frauen ausgebildet. Aufgrund seiner beruflichen Tätigkeit kennt er die Fähigkeiten, Möglichkeiten und besonderen Eignungsbereiche der Frauen recht gut.

Feuerwehr gestern und morgen

Nach der Generalversammlung referierte Roger Rozetter, kantonaler Feuerwehrinspektor, zum Thema «Die Rolle der Feuerwehr als Sicherheitspartner». In seinem Blick auf die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Feuerwehr sprach Rozetter insbesondere die bisherige Tätigkeit der Feuerwehr an und die Neuausrichtung im Rahmen des Leitbildes 95. □

Union fribourgeoise de la protection civile

Pas encore de successeur pour Francis Lachat

Francis Lachat, président de l'union fribourgeoise de la protection civile, a dirigé pour la dernière fois les débats de l'association lors de la dernière assemblée générale du 20 juin à la caserne des sapeurs-pompiers de Fribourg. Comme on n'a pas trouvé de successeur pour le président démissionnaire, ce sera à l'avenir un groupe de trois personnes qui dirigera les affaires.

cussions. Au sujet des élections, il est vrai que l'on ressentit une certaine déception à ne trouver aucun candidat à la présidence. Jusqu'à ce que l'on ait trouvé un nouveau président, c'est un groupe de trois personnes qui dirigera l'association, en l'occurrence le vice-président, Jean-Pierre Dorand, le caissier, Nicolas Wassmer ainsi que le secrétaire, Gil Verillote.

Il a contribué à la conception de la protection civile

C'est avec de cordiaux remerciements pour le travail fourni que l'assemblée prit congé de Francis Lachat qui, durant huit ans, présida avec un grand engagement l'association fribourgeoise pour la protection civile. La 43^e assemblée des délégués de l'Union suisse pour la protection civile, le 26 avril 1997 à Fribourg, fut le point culminant de son activité. Il faut cependant revenir bien en arrière pour cerner les mérites de Lachat. Durant 30 ans, il fut instructeur de la protection civile dans le service des pionniers et dans le service sanitaire. Pour lui, le perfectionnement constant des cadres revêtait une importance particulière. C'est pourquoi il fonda, il y a 20 ans déjà, une société des cadres de pro-

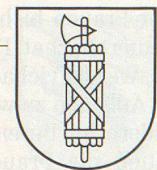
tection civile. C'est à lui que l'on doit aussi la fondation d'un corps de catastrophe dans le canton de Fribourg. Francis Lachat a toujours attaché une grande importance à la promotion des femmes dans la protection civile. Lachat déplore que la protection civile ait, par le passé, méconnu trop souvent les aptitudes des femmes. La manière dont les femmes procèdent est souvent mal comprise et leurs vœux sont souvent mal entendus. Les femmes auraient beaucoup à dire, particulièrement dans le domaine social. Lachat sait de quoi il parle. Il est en effet spécialiste en produits cosmétiques et il a déjà, dans l'exercice de cette profession, instruit environ 2500 femmes. Son activité professionnelle lui permet de bien savoir quelles facultés, quelles capacités et quel rayon d'action les femmes peuvent présenter.

Les sapeurs-pompiers d'hier et de demain

Après l'assemblée générale, l'inspecteur cantonal des sapeurs-pompiers, Roger Rozetter, présenta une conférence intitulée «Le rôle des sapeurs-pompiers en tant que partenaires dans le domaine de la sécurité». Dans sa rétrospective comme dans sa description de la situation présente et future, Rozetter parla particulièrement de l'activité traditionnelle des sapeurs-pompiers puis des innovations apportées par le plan directeur 1995. □

THÉRÈSE ISENSCHMID

Dans son rapport annuel, qui fut une sorte de rétrospective générale, Lachat s'est déclaré clairement favorable à la protection civile en s'écriant avec force: «La protection civile est plus importante que jamais!» Lachat fit appel aux représentants des communes et aux cadres de la protection civile pour que ceux-ci intensifient la collaboration entre les partenaires. Dans des situations extraordinaires, seule une intervention commune de ces partenaires présente des chances de succès. Les affaires statutaires de l'assemblée générale ont été traitées sans grandes dis-



ST.GALLEN/APPENZELL

41. Hauptversammlung des Zivilschutzverbandes St.Gallen-Appenzell in Rapperswil

Neue Verbandsstrukturen

Gegenwärtig sind die neuen Statuten des Zivilschutzverbandes St.Gallen-Appenzell in der Vernehmlassung. Sie beinhalten die Reorganisation der Verbandsstrukturen mit den Gemeinden als neue Träger des Verbandes. Die neuen Statuten sollen anlässlich der Hauptversammlung 1998 verabschiedet werden. Der Mitgliederbestand reduzierte sich um rund 150 auf 700 Mitglieder. Aus dem Vorstand schieden drei verdiente Mitglieder aus.

AXEL P. MOOG

Erstmals fand die Hauptversammlung an einem Samstag statt. Präsident Hans Ulrich Bürgi, Gemeindeammann von Oberbüren, konnte am 7. Juni 1997 eine stattliche Anzahl von Ehrengästen begrüßen, darunter den Ausserrhoder Regierungsrat und neuen Chef der neugebildeten Sicherheitsdirektion Werner Niederer, Stadtrat Felix Elsener, Rapperswil, Karl Widmer, Abteilungschef des Bundesamtes für Zivilschutz, Oberst Willi Haag, Gemeindeammann Wittenbach, Präsident der Offiziersgesellschaft des Kantons St.Gallen und Präsident der Zivilschutzausbildungskommission des Kantons St.Gallen, Zivilschutzvertreter aus Vorarlberg und Liechtenstein sowie die Chefs der Ämter für Zivilschutz der drei Kantone des Verbandsgebietes.

Neue Verbandsstrukturen

Die anlässlich der Hauptversammlung 1996 in St.Gallen gutgeheissenen neuen Strukturen des Verbandes haben zu einem Statutenentwurf geführt, der gegenwärtig in der Vernehmlassung bei Kantonen und Gemeinden ist. Mitglieder des Verbandes sollen neu grundsätzlich die politischen Gemeinden/Einwohnergemeinden bzw. die Zivilschutzorganisationen sein, wobei eine Einzelmitgliedschaft auch in Zukunft möglich ist.

Oberstes Verbandsorgan wird anstelle der heutigen Mitgliederversammlung eine Delegiertenversammlung sein. Der Vorstand soll sich aus dem geschäftsleitenden Ausschuss, sechs bis neun Ressortleitern als Beisitzer sowie vom Amtes wegen den drei Vorstehern der kantonalen Ämter für Zivilschutz und dem Chef des Zivilschutzamtes der Stadt St.Gallen zusammensetzen.

Ständige Fachkommissionen

Ziel der Änderung der Verbandsstrukturen soll die Verbesserung der Effizienz des Verbandes auf allen Ebenen sein. Der neu strukturierte Verband sieht vier ständige Fachkommissionen vor: die Ausbildungskommission, die Kommission «Partnerorganisationen», die Kommission für Öffentlichkeitsarbeit und die Kommission für die Belange der Schutzdienstpflichtigen mit angegliederter Ombudsstelle. Die ERFA-Gruppen der Chefs ZSO, der Zivilschutzstellenleiter und Materialwarte bleiben ständige Arbeitsgruppen. Die neuen Verbandsstrukturen und Statuten können voraussichtlich an der Hauptversammlung 1998 verabschiedet werden.

Mitgliederrückgang

Der Zivilschutzverband St.Gallen-Appenzell zählt heute 700 Mitglieder, also rund 150 weniger als im Vorjahr. Dieser Umstand ist gemäss Hans Ulrich Bürgi im wesentlichen auf die Regionalisierung von Zivilschutzorganisationen und den damit verbundenen Rückgang von Gemeinde- und Kollektivmitgliedschaften zurückzuführen.

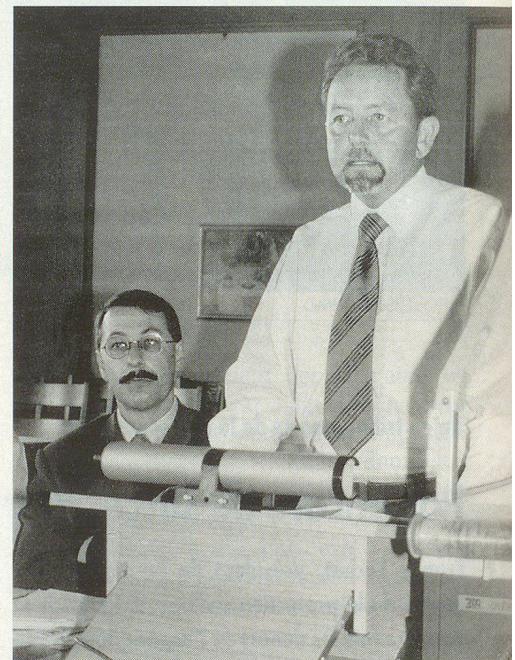
Bei der Abnahme der Jahresrechnung kam Kassier Otto Brogli-Fels vor allem auf den im vergangenen Geschäftsjahr angefallenen Mehraufwand von Fr. 26 158.85 zu sprechen, welcher das Vermögen des Verbandes auf Fr. 31 522.87 reduzierte. Die einmaligen Mehrausgaben stammen vor allem aus der Olma-Sonderschau 1996 sowie aus verschiedenen weiteren Veranstaltungen.

Verabschiedungen und Neuwahlen

Aus dem Vorstand traten drei verdiente Mitglieder zurück: Werner Hanselmann, Chef der ZSO Herisau, nach 13jähriger Tätigkeit im Vorstand, davon elf Jahre als

Vizepräsident. Zu seinem Nachfolger wählte die Hauptversammlung Walter Nägeli, Waldstatt, Kantonsrat, ehemaliger Feuerwehrkommandant und Gemeindehauptmann von Waldstatt sowie neuer Chef der ZSO Appenzeller Hinterland und diplomierte Zivilschutzinstruktor.

Ebenfalls zurück trat Pius Valier, ehemaliger Chef der ZSO St.Gallen, der neu auf den Posten des St.Galler Polizeikommandanten gewählt wurde. An seine Stelle trat der neue Zivilschutzchef der Stadt St.Gallen, Hanspeter Schnüriger. Pius Valier war während fünf Jahren Mitglied des Ausschusses und der «geistige Vater» der Re-



Karl Widmer überbringt die Grüsse des Bundesamtes. Links von ihm Präsident Hans Ulrich Bürgi.

organisation des Verbandes. Als Dritter trat aus dem Vorstand der St.Galler alt Stadtrat Dr. Peter Schorer zurück. Der ehemalige Polizeivorstand der Stadt St.Gallen habe sich in der Politik stets für die Belange des Zivilschutzes eingesetzt, meinte Hans Ulrich Bürgi in seinem Dankeswort.

Veranstaltungen

Die Sonderschau an der Olma 96 «Gemeinsam schützen – gemeinsam helfen» war ein voller Erfolg. Am 13. September 1997 findet im Raum Bazenheid die traditionelle Zivilschutzwanderung statt. Am 8. November ist im Zivilschutz-Ausbildungszentrum Waldau, St.Gallen, ein Workshop zum Thema «Führung und Zusammenarbeit» vorgesehen, und im November/Dezember, zusammen mit der Offiziersgesellschaft der Stadt St.Gallen, eine Veranstal-

tung zum Thema «Allgemeine Dienstpflicht».

Grusswort aus Bern

Karl Widmer, Abteilungschef im Bundesamt für Zivilschutz, überbrachte die Grüsse des Bundesamtes. Er wies darauf hin, dass die Ausbildung der Zivilschutzchefs heute bedeutend besser als früher sei und dass die Kantone des Verbandes ihre Aufgaben gut führten. Das Bundesamt wechsle im nächsten Jahr ins Militärdepartement. Die nächste Zivilschutzreform kurz nach dem Jahre 2000 sei bereits in Arbeit;

eine neue Art von Dienstpflicht solle in die Verfassung aufgenommen werden.

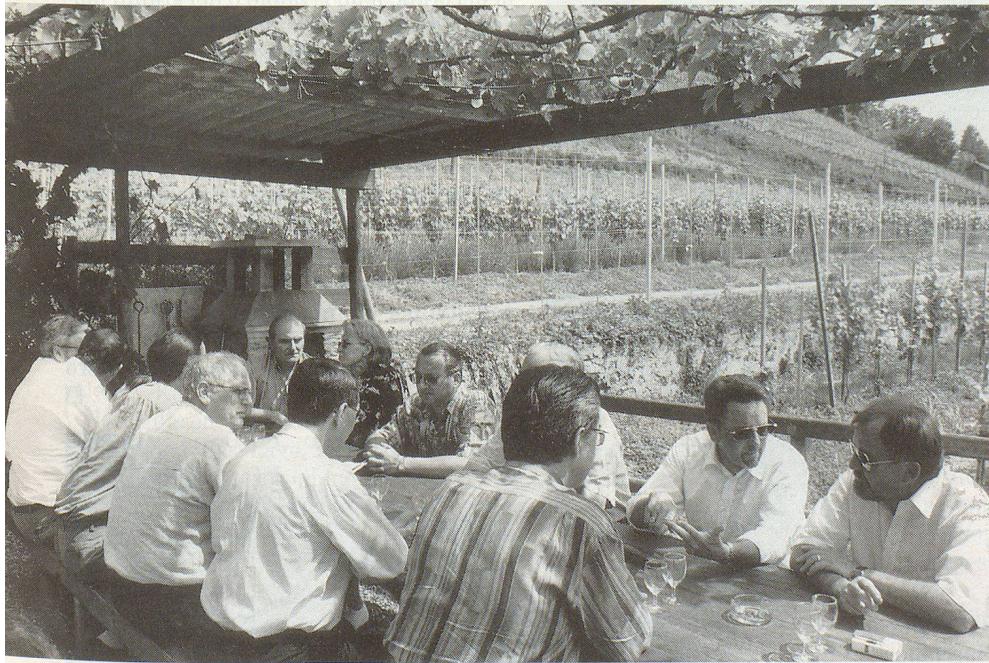
Begehung Rebberg

Im Anschluss an die Versammlung führte der von Vorstandsmitglied Vreni Hanselmann, Jona, organisierte gesellschaftliche Teil zu einem lehrreichen und geselligen Besuch des Rebgeändes «Höcklistein». Die Teilnehmer erfuhren hier nicht nur Theorie, sondern konnten sich auch bei einer prächtigen Käseplatte von der Qualität des weissen und roten Höcksteins überzeugen.



FOTOS: ZVG

Präsident Hans Ulrich Bürgi (rechts), überreicht dem scheidenden Vizepräsidenten Werner Hanselmann eine Zivilschutzzuhr und einen Zivilschutzwimpel.



Auch der Ausserrhoder Regierungsrat Werner Niederer, Chef der neugebildeten Sicherheitsdirektion (ganz rechts), lässt sich den «Höcksteiner» schmecken.



SCHAFFHAUSEN

GV des Zivilschutzverbandes des Kantons Schaffhausen im Museum Allerheiligen

Fusion mit Zürich geplant

An ihrer Generalversammlung vom 11. Juni bekräftigten die Mitglieder des Schaffhauser Zivilschutzverbandes ihren Willen, mit dem Zivilschutzverband des Kantons Zürich zu fusionieren.

JÜRG RIESER

Die Generalversammlung des Zivilschutzverbandes des Kantons Schaffhausen (ZVS), an der die Mitglieder vorgängig der ordentlichen Versammlung namentlich den Kulturgüterschutzraum des Museums zu Allerheiligen besichtigten, dürfte eine der letzten des Verbandes überhaupt gewesen sein. Zwar segneten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die statutarischen Geschäfte einschliesslich der Bestätigung des Vorstandes mit Präsident Peter Boser, Kurt Schüle (Vizepräsident), Hansjörg Storrer (Kassier), Frieder Bähler, Hans Brüllmann, Paul Egger, Johannes Hirt, Hans-Peter Lenherr, Martin Vögeli und Walter Vogelsanger in traditionellem Rahmen ab, aber das Haupttraktandum zielte schliesslich direkt auf die Auflösung beziehungsweise die Fusion des Verbandes.

Situation analysiert, Zukunft evaluiert

Denn der Vorstand und die Versammlung bekräftigte ihn darin einstimmig, sieht keine ergiebige Chance mehr für die eigenständige Existenz des ZVS. Der Verband leidet, wie Peter Boser feststellte, seit Jahren an rückläufigen Mitgliederzahlen, weist ein hohes Durchschnittsalter auf, und es finden sich immer weniger personelle Ressourcen zur Führung des Verbandes (der Vorstand stellte sich wohl mehrheitlich deshalb nochmals zur Verfügung, weil das Ende der Amtszeit absehbar ist). Zudem wird es für einen kleineren Verband immer schwieriger, die Aufgaben der Zukunft zu erfüllen, und steigende Verwaltungskosten stärken die

Lust zur Selbständigkeit auch nicht gerade.

Mittlerweile hat der Vorstand die Situation nicht nur analysiert, sondern auch die Zukunft evaluiert. Insbesondere wurde eingehend die Fusion mit einem Nachbarverband, Thurgau oder Zürich, sondiert. Dabei steht der Zivilschutzverband des Kantons Zürich eindeutig im Vordergrund, weil zu ihm und nicht zuletzt auch zum benachbarten Zivilschutz-Ausbildungszentrum Andelfingen seit Jahren enge Beziehungen bestehen. Zudem zählt der

Schaffhauser Verband lediglich rund 160 Mitglieder, derweil dem Zürcher Verband rund zehnmal mehr Zivilschützer angehören.

Endgültiger Entscheid am 28. August

Nach der grundsätzlichen Zustimmung der Mitglieder zur «Ehe» muss nun noch ein im Entwurf vorliegender Fusionsvertrag bereinigt werden. Und, vor allem, es müssen auch die Zürcher ihr Jawort geben.

Denn obschon die Schaffhauser (auch) eine recht ansehnlich gefüllte Kasse als Mitgift in den Zusammenschluss einbringen, kam die Initiative für einmal nicht von der gewichtigeren Seite. Eine endgültige Entscheidung auf Schaffhauser Seite wird anlässlich einer ausserordentlichen Versammlung am 28. August fallen; dann wird über den Fusionsvertrag entschieden, und der Vorstand des ZSV Schaffhausen wird sich voraussichtlich ein letztes und entscheidendes Mal «entlasten» können. □



TICINO

**Corso di ripetizione PBC
nei Comuni di Sorengo e Paradiso**

Testimonianze del nostro passato

Il problema della salvaguardia dei Beni Culturali – mobili e immobili – si ripropone purtroppo quasi quotidianamente: basti pensare agli incendi che a Bellinzona e a Torino hanno recato seri danni alla Chiesa della Madonna delle Grazie, rispettivamente al Duomo della capitale piemontese. Un valido contributo alla soluzione – sia pure parziale – del problema, è portato dal Servizio Protezione Beni Culturali (PBC) della Protezione Civile, Servizio che già da parecchi anni sta inventariando oggetti, reperti, costruzioni e quant’altro meritevole d’attenzione e di protezione nel nostro Paese.

Giovanni Medolago

Dal 21 al 25 aprile 1997, oltre una trentina di militi incorporati nel Consorzio Protezione Civile Regione Città di Lugano era al lavoro per passare al setaccio i Comuni di Sorengo e Paradiso, alla ricerca di quelle testimonianze del nostro passato e di quegli oggetti del patrimonio culturale che bisogna tenersi pronti a mettere in salvo sia in caso di conflitto bellico, sia in caso di catastrofe naturale. Agli ordini del responsabile del corso, Roberto Piantoni, e degli altri Capi Servizio, Lorenzo Denti e Giorgio Petrini, i militi della PCi hanno in-

ventariato i Beni Culturali dei due Comuni luganesi, tracciando un «itinerario d’intervento» che in caso di necessità sarà indispensabile per chi (pompieri, militi, autorità, ecc.) sarà chiamato a far fronte all’emergenza. Ogni oggetto è stato schedato e catalogato in base alla sua importanza storico-culturale e al suo stato di conservazione attuale: scopo primario della PBC infatti, non è quello di dare consigli e dettare modalità circa la sicurezza dei Beni Culturali, bensì quello di stabilire come intervenire per far fronte al pericolo. Cosa evitare dapprima, quali cautele da tenere in considerazione, dove trovare reperti discosti: salvare senza danneggiare, insomma. A tale scopo sono stati realizzati cartine e piani d’intervento specifici, fotografie, e i militi hanno cercato di mettere a disposizione tutto ciò che potrebbe tornare utile in caso di allarme.

Professionisti al lavoro

I militi della PBC sono attentamente reclutati secondo le necessità del corpo ma soprattutto in base alle loro attività civili. Ecco dunque all’opera con l’uniforme della PCi tutta una serie di professionisti: storici, insegnanti, antiquari, fotografi, architetti, ecc., i quali – consci dell’importanza del loro impegno – dimostrano un coinvolgimento e addirittura un entusiasmo del tutto particolari. Alla buona riuscita del corso contribuiscono pure gli ottimi rapporti che solitamente intercorrono tra autorità politiche e religiose locali e responsabili della PC. Questi ultimi lavorano pure in contatto

con i responsabili dell’OSMA (Opera Svizzera Monumenti d’Arte) e dell’Ufficio dei Monumenti Storici. La PBC deve affrontare una lunga serie d’impegni per organizzare ogni suo singolo corso: si contattano dapprima il comune interessato all’operazione e la parrocchia, si procura una ricca documentazione storica tenendo conto delle fonti bibliografiche già esistenti, si incontrano storici locali e si elaborano poi tutti i dati a disposizione. Il corso in sè non è dunque che la punta di un iceberg costituito da un fondamentale lavoro di preparazione.

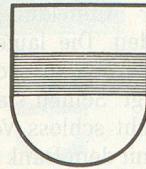
Testimonianze orali

Quello della schedatura dei Beni Culturali è altresì un lavoro che serve talvolta anche a mettere in evidenza agli occhi degli abitanti questi stessi Beni Culturali: facile infatti che chi quotidianamente passa davanti a una cappella o a un affresco, a una facciata decorata, a un lavatoio o dei graffiti murali, finisca col tempo a non più considerarne l’importanza storico-artistica. Altra particolarità del corso: sono state registrate alcune testimonianze orali di persone che risiedono da anni a Sorengo o a Paradiso, che ne conoscono la storia e l’evoluzione, e che quindi – data la loro esperienza – saranno certo in grado di offrire, anche a futura memoria, un’analisi del tutto particolare del loro villaggio, non soltanto per quanto attiene al patrimonio culturale, ma anche riguardo la vita in generale e i cambiamenti subiti dal loro paese. □

Il complesso
Marchino
nel Comune
di Paradiso.



FOTO: T. BATTAGLIA



ZSO Berg: Kader-WK einmal anders

Ziel: Alle ziehen am gleichen Strick

Im dreitägigen Kader-Wiederholungskurs der ZSO Berg, bestehend aus den Zuger Gemeinden Oberägeri, Unterägeri, Menzingen und Neuheim, stand für einmal nicht die fachtechnische Ausbildung im Vordergrund. Hauptziel war das gemeinsame Arbeiten im Team und die Förderung des inneren Zusammenhaltes des Kaders.

JÜRG BICHSEL

Erstmals konnte im Verlauf der Übung, die vom 2. bis 4. Juni durchgeführt wurde, Chef ZSO Stv Dani Müller seine planerischen Fähigkeiten und sein Führungskönnen allein unter Beweis stellen. Werner Erdin, eidg. dipl. Zivilschutzinstruktor, begleitete und unterstützte die Übung.

Kennen, können und wissen

Soll eine ZSO optimal funktionieren, setzt das eine gute Zusammenarbeit des Kaders voraus. Mit dem Kader-WK der ZSO Berg wurden laut Dani Müller folgende Ziele angestrebt:

- Das Kader der ZSO Berg kennt sich gemeindeübergreifend; dies sowohl fachlich als auch menschlich.
- Die Kaderangehörigen kennen ihre vier Partnergemeinden in bezug auf den Zivilschutz, die speziellen Gemeindestrukturen und ihre kulturellen Besonderheiten.
- Alle Kaderangehörigen ziehen am gleichen Strick.
- Jeder Kaderangehörige muss mit den elementaren Führungsgrundsätzen der Erfassung der Lage, der Zielsetzungen und der Auftragserteilung vertraut sein. Mit viel Phantasie und Können stellten die einzelnen Quartiere den 100 eingerückten Zivilschützern ihre Gemeinden vor. Werner Erdin erläuterte mit Hilfe von Handkarte «Führung» die elementaren Führungsgrundsätze. Auf diesem A6-Blatt sind stichwortartig die wesentlichen Elemente der Führung zusammengefasst. Be-



Kaderangehörige auf dem Postenlauf.
Ganz so einfach scheint
die gestellte Aufgabe nicht zu sein.



FOTOS: ZG

sonders ist hervorzuheben, dass der Vorgesetzte Prioritäten setzen muss und Alternativen immer im Auge zu behalten sind. Bei aller Dringlichkeit der Aufgaben soll aber nie der Aspekt der Sicherheit vergessen werden.

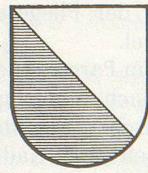
Besonders die oberste Führung wurde im Verlauf dieser Übung auf eine harte Probe gestellt. Nebst dem wurde ein attraktives Ergänzungsprogramm geboten, wie zum

Beispiel die Besichtigung der Fliegerabwehrstellung auf dem Gubel.

Für Auflockerung sorgte ein Parcours, der zu Fuss von Neuheim nach Menzingen führte. Zivilschutzspezifische Aufgaben zeigten den im Team arbeitenden Kaderangehörigen ihre Wissenlücken auf. Aber es durfte auch gelacht werden, wurden doch einige artfremde Fragen eingestreut. Die Übungsleitung – Dani Müller und Werner Erdin – konnten am Schluss des Kader-WKs eine positive Bilanz ziehen. Nun muss sich der gute Geist nur noch auf die Mannschaft übertragen.

Die ZSO Berg

Die Zivilschutzorganisation Berg wurde 1994 gegründet. Sie besteht aus den vier Berggemeinden Oberägeri, Unterägeri, Menzingen und Neuheim und ist mit einer Fläche von rund 98 km² die grösste Zivilschutzorganisation des Kantons Zug. Bevölkerungsmässig rangiert sie direkt nach Zug, etwa gleichauf mit der Gemeinde Baar. Organisatorisch ist der Zivilschutz in



ZÜRICH

13. Generalversammlung des Ortschefverbandes des Kantons Zürich (OCVZH)

Ein hohes Kleinod ist der gute Name

Die 1630 Einwohner zählende Bauerngemeinde Brütten erhielt am 11. April Besuch im «Sonnenhof»: Der OCVZH hielt hier seine 13. Generalversammlung ab. Nach einem kulturellen Exkurs durch Gemeindepräsident Franz Baltensperger in die Vergangenheit Brütens, inklusive Blick vom Kirchturm mit seiner prächtigen Rundsicht, wurden die statutarischen Geschäfte flink erledigt. Auf Antrag des Vorstandes mutiert der Ortschefverband zum Verband der Chefs ZSO.

HANS JÜRGEN MÜNGER

OCVZH-Präsident Kurt Balsiger, ZSO-Chef von Kilchberg, konnte in der Zürcher Wohn- und Pendlergemeinde Brütten rund 30 Gäste und Mitglieder zur diesjährigen GV des Ortschefverbandes begrüßen, darunter Staatsschreiber Beat Husi, Zivilschutz-Amtschef Anton E. Melliger sowie den Präsidenten der Kantonalen Offiziersgesellschaft, Dr. Reto Renz.

Finanzielle Probleme schaden der Zivilschutzausbildung

Kurt Balsiger hatte in seinem Jahresbericht von erfreulichen, leider aber auch von unangenehmen Ereignissen für den kantonalzürcherischen Zivilschutz zu berichten: 1996 konnten allgemein die Anpassungen an die Zivilschutzkonzeption 95 vollzogen werden. Das meiste neue

Bundesmaterial wurde ausgeliefert und mit dessen Handhabung an Ausbildung- und Wiederholungskursen begonnen. Der Präsident fragte sich jedoch besorgt, ob die Ausbildung in Anbetracht der angespannten Finanzlage in den meisten Gemeinden mit der gewohnten Effizienz weitergeführt werden kann. Nachdem die Zürcher Stimmbürgerinnen und Stimmbürger im Dezember 1996 die Haushaltssanierung des Kantons gutgeheissen hatten, ohne deren Folgen für die Gemeinden zu realisieren, dürfte die Zivilschutzausbildung arg leiden. Vorgängig der Debatte im Kantonsrat waren alle Kantonsräätinnen und Kantonsräte in einem gemeinsamen Schreiben vom Ortschefverband des Kantons Zürich und vom Zivilschutzverband des Kantons Zürich erfolglos auf die negativen Auswirkungen der vorgesehenen Haushaltssanierungen aufmerksam gemacht worden. Das Geschäft wurde mit 78 gegen null Stimmen gutgeheissen.

Im Berichtsjahr wurde unser Land von grösseren Umweltereignissen, welche Zivilschutzeinsätze erfordert hätten, verschont. Die Bevölkerung wurde jedoch durch die zunehmende Arbeitslosigkeit, die diversen Finanzskandale und die steigende Anzahl von Gewaltverbrechen verunsichert und verärgert. Ein gleichzeitiges Nachlassen der Bereitschaft zur Dienstleistung zugunsten der Gemeinschaft ist fühlbar. Mit Hinweis auf die verschiedenen weltweiten Krisenherde und deren Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung ist Präsident Balsiger der Meinung, dass die Menschheit von den vergangenen Kriegen nur wenig oder gar nichts gelernt hat. Zurückkommend auf die Verbandstätigkeiten erwähnte er die erfolgreichen und gut besuchten Veranstaltungen vom 28. August 1996 im Flughafen Kloten unter dem Titel «Sicherheit im und um den Flughafen», sowie das beachtliche Referat vom Chef des Zivilschutzamtes des Kantons Bern, Alfred Jenni, gehalten im Oktober. Mit Dias und Videofilm verstand es der Referent, anhand der gross angelegten Katastrophenübung «Feuervogel» eine jederzeit mögliche Realität vor Augen zu führen. Leider musste dann die am 5. Juli 1996 vorgesehene Besichtigung des Richtfunkzentrums Albis-Felsenegg der Telecom

PTT mangels genügender Anmeldungen kurzfristig abgesagt werden. Die laufenden Verbandsgeschäfte wurden in sechs Vorstandssitzungen erledigt. Seinen stark applaudierten Jahresbericht schloss Verbandspräsident Balsiger mit dem Dank an seine Vorstandskollegen, an den kantonalen Zivilschutzchef samt Mitarbeitern sowie an die Chefs der Zivilschützämter von Zürich und Winterthur für das gehabte Gastrecht in deren Räumlichkeiten. Für die zurücktretenden Vorstandsmitglieder Rolf Biedermann und Hans Hagmann wurden hierauf in den Vorstand gewählt: Bernhard Aebischer, C ZSO Meilen, und Lorenz Huser, C ZSO Winterthur. Für den ebenfalls scheidenden Rechungsrevisor Hugo Suter rückt sein bisheriger Suppleant Werner Dorner nach. Als neuer Suppleant wurde Dario Landis gewählt. Der Jahresbeitrag des Verbandes wird nicht erhöht; die Mitgliederzahl des OCVZH beläuft sich jetzt auf 254.

Neuer Verbandsname

Nachdem der Begriff «Ortschef» allüberall durch den «Chef ZSO» abgelöst wird, wurde es auch für den OCVZH Zeit für eine Namenskorrektur. Relativ schweren Herzens schlug der Vorstand seinen Mitgliedern deshalb vor, den Verband in «Zürcher Kantonalverband der Chefs ZSO» umzutaufen. Bei einer einzigen Stimmabstaltung wurde dieser Vorschlag gutgeheissen. Wie heisst es doch in Friedrich Schillers «Maria Stuart» so schön: «Ein hohes Kleinod ist der gute Name». Den guten Namen hat der Zürcher Ortschefverband unbestritten seit langem. Er wird seine erfolgreiche Tätigkeit sicherlich auch unter dem «modernisierten» Namen weiterführen. Auf eine Kurzform à la «OCVZH» wird verzichtet.

Der Verband sieht in seinem Jahresprogramm 1997/98 am 18. September 1997 den Besuch der Nordostschweizerischen Kraftwerke in Nürensdorf und am 11. November 1997 die Besichtigung des Kriminalmuseums der Kantonspolizei Zürich vor. Die nächste Generalversammlung soll am 27. März 1998 über die Bühne gehen. Wo diese Bühne stehen wird, ist allerdings noch nicht klar.

Gruppen-Unterkünfte

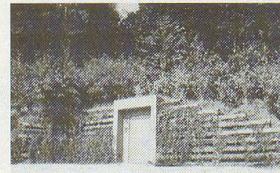
ARTLUX



Wiggermatte
6260 Reiden
Tel. 062 758 35 66
Fax 062 758 35 67

Für die Wasserversorgung
– Trinkwassertanks
– Wasserreservoir

Neubauten und
Sanierungen
Korrosionsschutz



25 Jahre
Akto AG

Abdichtungssysteme
Sand- und
Feuchtstrahlarbeiten
Bautenschutzprodukte

Inhaber
Hans Baumann
Rosenweg 5, 8890 Romanshorn
Telefon 071/461 19 49
Telefax 071/461 11 30